



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/179

29. November 1949

Berlin hofft wieder

sp. Berlin, Ende November

Die Verhandlungen um die wirtschaftliche Hilfe haben die Gespräche um den staatsrechtlichen Status von Gross-Berlin etwas in den Hintergrund gerückt, das Problem ist aber nach wie vor akut. Die Widerstände bei den Alliierten, verschieden graduiert, sind noch nicht überwunden. Insbesondere die Franzosen betonen immer wieder, man dürfe von westlicher Seite nichts tun, was die juristischen Voraussetzungen des Viermächte-Status aufheben würde. Eine Abweichung von dieser Linie hat man lediglich für den Fall in Aussicht gestellt, dass sich die Russen entschliessen sollten, den Ostsektor de jure in den Oststaat einzubeziehen.

Massgebliche englische Vertreter haben sich im Früherbst vor allem unter Berufung auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, für die Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik eingesetzt und versucht, das Foreign Office für diesen Standpunkt zu gewinnen. Im Verlauf der Dreimächtebesprechungen sind dann offenbar von englischer Seite Versuche gemacht worden, eine staatsrechtliche Zwischenlösung zu finden. In der letzten Zeit scheint aber eine stärkere Annäherung des englischen Standpunktes an den französischen erfolgt zu sein.

Das hat jedoch nichts mit Neigungen zu tun, die noch im Vorjahr in der Richtung einer eventuellen Freigabe der Berliner Position festzustellen waren. Bemerkenswert ist, dass vor allem auch die Franzosen in der Frage des Verbleibens in Berlin viel entschiedener sind, als das vor der und vielleicht teilweise auch noch während der Blockade der Fall zu sein schien.

Auf amerikanischer Seite hat man für die Forderung, Berlin als 12. Land in die Bundesrepublik einzubeziehen, zweifellos am meisten Verständnis gehabt. Es besteht auch Grund zu der Annahme, dass der betreffende Antrag des Bundestages die Zustimmung des amerikanischen

Oberkommissariats gefunden hätte, wenn er mit dem erforderlichen Nachdruck durch die Bundesregierung vertreten worden wäre. Es scheint

aber auch in Washington keineswegs unumstritten gewesen zu sein, wie man sich mit der politischen Seite des Berliner Problems auseinandersetzen sollte. Der Besuch Achesons war einerseits eine Demonstration der Entschlossenheit Amerikas, Berlin auf keinen Fall preiszugeben.

Er deutete aber andererseits auch die eventuelle Bereitschaft an, mit den Russen in neue Besprechungen über Viermächterregelungen einzutreten. Die Reise Achesons in den Ostsektor hatte doch offenbar den Sinn, zu verstehen zu geben, dass die amerikanische Regierung keinen eisernen Vorhang in Berlin akzeptieren will.

Es besteht angesichts der Ungeklärtheit wichtiger internationaler Zusammenhänge offenbar keine Aussicht, dass Berlin schon im Laufe weniger Monate zum 12. Land der Bundesrepublik werden könnte. Nichtsdestoweniger besteht in Berliner SPD-Kreisen die Absicht, den Bundes-

kanzler auf dem Wege über den Bundestag fragen zu lassen, was die Regierung zur Durchführung der politischen Seite des Berlin-Beschlusses getan habe und welche Begründung die Hohe Kommission zur Aufrechterhaltung der Suspendierung des Artikels 23 gegeben hat.

In wirtschaftlicher Hinsicht setzen sich alle drei Mächte für eine effektive Unterstützung Berlins ein. Es ist kein Geheimnis, dass das alliierte Verständnis teilweise grösser gewesen ist als das westdeutscher Stellen. Bei Achesons Besuch stellte sich heraus, dass die Amerikaner nicht erschrocken waren, als sehr beträchtliche Gesamtsummen genannt wurden, die erforderlich sein würden, um Berlin wirtschaftlich

wieder auf die Beine zu bringen. Andererseits ist aber auch die Tagung des Berlin-Ausschusses des Bundestages in Berlin ein Erfolg gewesen. Die Mitglieder dieses Ausschusses haben sich mit den Verhältnissen vertraut gemacht und werden sich zweifellos für die Massnahmen einsetzen, die erforderlich sind, wenn Berlin gehalten werden und seine gesamtdeutsche Aufgabe weiter erfüllen soll.

Man kann auch feststellen, dass das stimmungsmässige Tief in der Bevölkerung überwunden ist. In Kürze wird der Magistrat einen zusammenfassenden Bericht über die während der letzten Wochen geführten Besprechungen und gefassten Beschlüsse erstatten. Es besteht auch die Hoffnung, dass sich in den nächsten Wochen zumindest ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit erreichen lassen wird.

Die neue Berliner Verfassung ist überarbeitet und in einigen

punkten dem Grundgesetz angeglichen worden. Auf die Forderung der CDU, das Berliner Schulgesetz preiszugeben, ist die SPD nicht eingegangen.

Die neue Verfassung wird der alliierten Kommandantur binnen kurzem zur Bestätigung vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang würde auch

der Status Gross-Berlins als Land eine Klärung erfahren. Nach Verabschiedung der neuen Verfassung würden Neuwahlen zum Stadtparlament auf der

Tagesordnung stehen. Die SPD wird bei dieser Gelegenheit eine Kampagne für freie Wahlen in ganz Berlin einleiten.

Anfang Januar wird der zentrale Vorstand der SPD in Berlin eine Sitzung abhalten. Anschliessend daran wird Dr. Schumacher das Hauptreferat auf dem Landesparteitag der Berliner SPD halten. Im Zusammenhang damit ist in Berliner SPD-Kreisen die Frage gestellt worden, ob es

nicht politisch richtig wäre, einige zentrale Parteistellen nach Berlin zu verlegen, zumal ja auch die Verlegung einer Reihe von Bundesbehörden nach Berlin gefordert wird.

Das Dilemma der englischen Liberalen

E.U. London, Ende November

Die politische Aktivität Englands wird zur Zeit von dem bevorstehenden Wahlkampf absorbiert. Der Wahltermin steht noch nicht fest;

im allgemeinen aber bereitet man sich auf Ende Februar oder Anfang März vor. Interessant wird in diesem Zusammenhang die Rolle der Liberalen

Partei.

Innerhalb dieser Partei, die die führende Rolle in England spielte von 1906 bis 1919, 1923 von den Sozialisten besiegt wurde und sich

von dieser Niederlage nicht mehr erholt hat (das heutige Unterhaus zählt zwölf Liberale), innerhalb der Liberalen also zeichnet sich

eine ernsthafte Spaltung hinsichtlich der Wahlstrategie ab. Ein Teil ist für eine Zusammenarbeit mit den Konservativen, der andere Teil,

von Megan Lloyd George geführt, propagiert einen unabhängigen Kampf. Megan Lloyd George, die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten,

steht sehr weit links, ihre Sympathien neigen stärker zu den Sozialisten als zu den Konservativen. Bisher, im Unterhaus, arbeiteten die

Liberale mehr mit der Labour-Regierung zusammen als mit der Opposition. In der letzten Zeit hat sich daran einiges geändert.

Seit längerer Zeit schweben Verhandlungen zwischen den Liberalen und den Konservativen über eine eventuelle Zusammenarbeit bei den

Wahlen, um die Sozialisten gemeinsam zu bekämpfen. Es geht dabei um die Frage, ob die Liberalen eigene Kandidaten aufstellen, oder unter

Verzicht auf liberale Wahlwerber es ihren Wählern (1945 waren es 2.239.689) überlassen sollen, konservativ, sozialistisch oder über-

haupt nicht zu wählen. Die Sozialisten rechnen bei einer "Wahlenthalt-

samkeit" der Liberalen, dass, grob gerechnet, ungefähr 20 Prozent

der Liberalen die Labour Party, 20 Prozent überhaupt nicht wählen, die restlichen 60 Prozent den Konservativen ihre Stimme geben würden.

Es gibt natürlich Wahlkreise, z.B. in Wales, in denen ungefähr 60 Pro-

zent der Liberalen die Sozialisten wählen würden, aber im Gesamtdurch-

schnitt rechnet man doch nur mit den genannten 20 Prozent. Im zweiten

Fall aber, wenn die Liberalen nämlich mit eigenen Kandidaten auftreten,

würden die Konservativen auf liberalen "Zuschuss" verzichten müssen

und sie hätten es ungemein schwerer, die Labour Party einzuholen.

Darum empfehlen die Konservativen den Liberalen, keine Kandidaten aufzu-

stellen, denn, so schrieb kürzlich der "Daily Telegraph", die Libe-

ralen wüssten sehr wohl, dass die Konservativen immer eine "liberale"

Politik machen würden. Durch eine "unpatriotische" Haltung würden die

Liberalen nur die Sozialisten wieder an die Macht bringen.

So steht die liberale Partei heute vor dem unbehaglichen Dilemma:

Soll sie als Partei verschwinden und damit die Tür für den konservativen

Sieg öffnen, oder soll sie weiterhin als unabhängige Partei bestehen

bleiben. Megan Lloyd George warnt ihre Partei vor dem konservativen

"Liberalismus", sie befürwortet daher die Aufstellung von rund 300

Kandidaten wie zur Wahl 1945. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen;

für Englands künftige Regierung wird davon viel abhängen.

"Die Welt" contra dos. (sp.) Eine der Nachrichtenquellen für die kura-

lisch ins Leben gerufen. "Welt" als "Redaktion deutscher Heimatzei-

tungen", die unter massgeblicher finanzieller Beteiligung von Verle-

gern norddeutscher Heimatzeitungen gegründet wurde, wird, wie wir hö-

ren, der Landesdienst "Der Welt" sein, der damit ebenfalls von dieser

Ost-SPD lässt sich nicht ködern

(sp.) Bonn, 29.11.1949

Auf einer gemeinsamen Sitzung des Aussenpolitischen Ausschusses der SPD und der SPD-Mitglieder der Bundesausschüsse für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten und für gesamtdeutsche Fragen wurden eine Reihe aussenpolitischer Fragen besprochen.

Besondere Beachtung wurde den Fragen der Ostzonenflüchtlinge gewidmet. Dr. Schumacher unterstrich die Beschlüsse des Parteivorstandes, nach denen kein deutscher Ostzonenflüchtling mit Polizeimassnahmen in die Unterdrückung zurückgeführt werden dürfe. Dies würde einen glatten Bruch des Grundgesetzes bedeuten und von der SPD nicht zugelassen werden.

Der Mitteldeutsche Freiheitsbund, der kürzlich auf die Initiative von Bundesstellen gegründet wurde, kann nicht als ein Instrument der Überparteilichkeit angesehen werden. Durch diese Organisation versucht die CDU, ihre Unterlassungen im Kampfe in der Ostzone wettzumachen, um den politischen Einfluss der SPD im Westen zu schwächen.

Es bestand völlige Einstimmigkeit darüber, dass die Erklärung des Interzonenhandelschefs der Ostzone, Josef Orlopp, über die mögliche Zulassung der SPD in der Ostzone nur als ein Manöver angesehen werden kann, um den Widerstand der illegal kämpfenden Sozialdemokraten auf diese Weise zu brechen. Dieses durchsichtige Angebot dient der Verschleierung der wachsenden politischen Zersetzung in der Ostzone. Es kann schon deshalb nicht ernsthaft bewertet werden, weil es zu einem Zeitpunkt gemacht wird, zu dem die bürgerlichen Parteien im Osten weitgehend dezimiert wurden. Allein der Parteivorstand der SPD wird in Verbindung mit den verantwortlichen sozialdemokratischen Funktionären in der Sowjetzone entscheiden, wann die SPD ohne Gefährdung von Leib und Leben ihrer Mitglieder und Funktionäre ihre legale Tätigkeit dort wieder aufnehmen kann.

Tagung des Internationalen Frauen-Komitees.

sp. Am 8. und 9. Dezember findet in Paris eine Sitzung des Internationalen sozialistischen Frauenkomitees statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Lage der ungelerten und angelernten Arbeiterinnen und die Vorbereitung der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz für 1950. Für die SPD wird Herta Gotthelf an dieser Tagung teilnehmen.
